

Die erste Frauengeneration im MfS

Angela Schmole

Militärexperten weisen darauf hin, dass in den meisten militärischen Einheiten, in denen Frauen dienen, nur eine formale Gleichberechtigung herrscht und von einer Integration der Soldatinnen in Kampfverbände nicht die Rede sein kann. In kommunistischen Romanen wurde das Verhältnis der Geschlechter an der Front als „rau, derb, aber asexuell“ beschrieben. Männer schlüpfen in dieser Situation gerne in die Vaterrolle, um „seine ungehörigen Kinder“ davon abzubringen, „an die vorderste Front zu gehen und ein Gewehr in die Hand zu nehmen.“¹

So ist es nicht verwunderlich, dass, wenn vom DDR-Geheimdienst die Rede ist, die Öffentlichkeit viel mit den Namen Marcus Wolf, Werner Großmann, Walter Heinitz, Bruno Beater oder Erich Mielke verbindet. Aber nur selten oder gar wenig wird über Charlotte Knittel gesprochen oder über Elfriede Bartonek, Christel Bergmann, Inge Goliath, Eleonore Kosyrewa, Marion Mielke, Hannelore Phillip oder Edeltraud Sarge. Sie alle stehen auch für das MfS. Die Ausgangslage war im MfS wie in vielen Bereichen: Männer kamen eher in Führungspositionen als Frauen. Zwar gab es bei der Förderung kinderloser Frauen kaum Unterschiede zu kinderlosen Männern. Doch Mütter wurden deutlich seltener befördert als Väter. Frauen dienten dem MfS auf verschiedenen Ebenen: als Zivilbeschäftigte, als inoffizielle Mitarbeiterin, als „Offiziere im besonderen Einsatz“, als Ärztin oder als Auswerterin, als Beobachterin und Ermittlerin, als Gefängniswärterin und als Sekretärin. Diese Frauen fügten sich in einer Umgebung von überwiegend männlichen MfS-Mitarbeitern in die Machtstrukturen ein. Ihnen ging es gleichfalls um den Erhalt des politischen Systems. Dadurch wurden sie zu Erfüllungsgehilfinnen in einem militärischen Apparat. Als Ehefrauen und Freundinnen von MfS-Offizieren durften sie sich ebenfalls dem „Schild und Schwert der Partei“ angehörig fühlen.

Über die Frage, ob Frauen eher Täterinnen oder Opfer waren, entbrannte in den achtziger Jahren ein „Historikerinnen“-Streit. Christina Thürmer-Rohr unterbreitete damals für die Rolle von Frauen in NS-Gliederungen die „Mittäterschaftsthese“. Diese These sorgte im feministischen Diskurs der achtziger Jahre für Aufsehen, da bis dahin Frauen automatisch mehr oder weniger als Opfer des Nationalsozialismus betrachtet wurden. Noch heute fällt es Forscherinnen schwer, von einem, wenn auch veränderten, Opferbegriff der Frau Abstand zu gewinnen, da der traditionell feministische Ansatz Frauen eine emanzipative Identität verliehen hat, was mit einer Rolle als repressive Täterinnen nur schwer auf einen Nenner zu bringen ist.

Im Kern zielte Thürmer-Rohr mit ihrer These auf das Handeln von Frauen in einer männlich dominierten Gesellschaft und auf die Frage nach den Ursachen weiblicher Mittäterschaft. Sie geht davon aus, dass bei männlicher Dominanz und gesellschaftlicher Diskriminierung von Frauen diese an nahezu allen „Gemeinheiten, Widerwärtigkeiten und Fahrlässigkeiten“ als Handelnde mit ihren Mitteln entweder teilgenommen oder die handelnden Männer „einfach nur versorgt, geduldet, ertragen“ bestenfalls ignoriert haben.² Die Mittäterschaftsthese ist von Gegnerinnen dort scharf kritisiert worden, wo sie den Eindruck erweckt, dass sich Frauen nur einer ihnen von Männern ok-

1 Michael Rohrwasser: Saubere Mädels, starke Genossen. Proletarische Massenliteratur, Frankfurt am Main 1975, S. 71–74 (Die Frauen an der Front).

2 Vgl. Christina Thürmer-Rohr: Vagabundinnen. Feministische Essays, Berlin 1992, S. 17.

troyierten Ideologie anpassen und dadurch zu Mittäterinnen werden. Vielmehr kenne die Geschichte genügend Beispiele, die Frauen als unabhängig Handelnde und damit in weitgehender Eigenverantwortung zu Täterinnen werden ließen. Trotz dieses für Einzelfälle womöglich zutreffenden Einwandes erfasst die Mittäterschaftsthese sowohl eigene Verantwortung von Frauen als auch die geschlechtsspezifische Diskriminierung im sozialen Handlungszusammenhang eines diktatorischen Systems. Obwohl dieser Ansatz nicht in Hinblick auf die Rolle der Frauen in Herrschaftsstrukturen kommunistischer Systeme entwickelt wurde, ist er für die generelle Bewertung der spezifischen Rolle und Situation weiblicher MfS-Angehöriger durchaus geeignet, da er insbesondere die Teilhabe von Frauen an militärischen und auf Befehl und Gehorsam beruhenden hierarchischen Institutionen ins Blickfeld rückt.

MfS-Frauengeschichte der fünfziger Jahre

Mit Gründung des Staatssicherheitsdienstes zählte der Apparat eine Personalstärke von „1 000 oder 1 100 Mann“. Die genaue Personalstärke ist bislang nicht bekannt. Zum einen fehlen verlässliche Quellen. Zum anderen arbeiteten hauptamtliche MfS-Mitarbeiter in den regionalen Polizeidienststellen, weil mit der MfS-Gründung geeignete Büros noch nicht zur Verfügung standen. Etwa die Bezirksverwaltung Groß-Berlin rekrutierte einen Teil des Personals aus dem Ost-Berliner Polizeidienst. Nicht immer waren dort nach den Worten des ersten stellvertretenden MfS-Ministers „die besten Söhne der deutschen Arbeiterklasse“ beschäftigt.³ Bestehende Polizeistrukturen, insbesondere die für politische Vorgänge zuständige Kripoabteilung K 1, wurden in die MfS-Kreisdienststellen Berlins überführt. Nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 hielt der erste MfS-Minister Wilhelm Zaisser auf dem 15. Plenum des ZK der SED eine Rede, auf der er die Arbeit seines Ministeriums verteidigte. Die SED warf dem MfS und vor allem dessen Minister im Zusammenhang mit dem Volksaufstand absolutes Versagen vor.⁴ In dieser Rede bezifferte er sein Ministerium wie folgt: „Ich habe das Ministerium für Staatssicherheit im Februar 1950 übernommen. Damals war dieses Ministerium mit all seinen Organen draußen im Lande – wenn ich mich recht erinnere – etwa 1 000 oder 1 100 Mann stark. Das zentrale Ministerium hatte damals etwa 40 – 50 Menschen, einschließlich der Reinemachefrauen und alles, was dazu gehörte“.⁵

An der Spitze des DDR-Geheimdienstes stand seit seiner Gründung ein harter Kern von kommunistischen Untergrundkadern mit langjähriger Erfahrung im illegalen Militärapparat der KPD.⁶ Gustav Bormann, Josef und Rudolf Gutsche, Herbert Hentschke, Artur Hofmann, Josef Kiefel, Karl Kleinjung, Hans Klemm, Robert Korb, Anton Switalla, Eduard Switalla, Gustav Szinda, Markus Wolf, Ernst Wollweber, Wilhelm Zaisser – alles ehemalige Emigranten aus der Sowjetunion.⁷ Straßenkämpfe und Saalschlachten während der Weimarer Republik, Widerstand gegen den Nationalsozialis-

3 Generalmajor Otto Walter (Stellvertretender MfS-Minister): Protokoll der Kollegiumssitzung zum Tagesordnungspunkt „Lage, Probleme und Aufgaben in den militärischen Formationen des MfS“ vom 22.11.1956, BStU, MfS SdM 1551, Bl. 111–121.

4 Vgl. dazu Stefan Wolle und Armin Mitter: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993.

5 Vgl. Wilhelm Zaisser auf dem 15. Plenum des ZK der SED vom 24. –26.7.1953, SAPMO-BArch. DY 30/40634, S 187–201.

6 Vgl. Andreas Petersen: Die Moskauer: wie das Stalintrauma die DDR prägte, Frankfurt am Main 2019.

7 Vgl. Peter Erler: Nach Hitler kommen wir. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994.

mus in der Illegalität, Haft im Zuchthaus und Konzentrationslager, Emigration in die Sowjetunion, Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, Partisanen- und Agenteneinsätze im Zweiten Weltkrieg – das waren typische Lebensstationen der ersten DDR-Geheimpolizeifunktionäre. Ihnen unterstanden eintausend junge Männer, die überwiegend aus proletarischen Verhältnissen stammten und meist nur über eine einfache Volksschulbildung sowie geringe polizeiliche und geheimdienstliche Vorkenntnisse verfügten. Die alten Kommunisten hatten für sie Vorbildcharakter. Frauen befanden sich beim Aufbau des Staatssicherheitsdienstes nicht in verantwortlichen Positionen. Prägend für diese Generation waren die politischen Indoktrinationen durch Stalins Lehren von der „ständigen Verschärfung des Klassenkampfes“ sowie die alltäglichen Erlebnisse im Apparat: die Suche nach angeblichen oder tatsächlichen Agenten westlicher „Feindorganisationen“, die Verhaftung und nächtelangen Verhöre bis zum Geständnis, das Gefühl der schrankenlosen Macht. Damit ließen sich auch eine schwache Allgemeinbildung und die fehlenden kriminalistischen Kenntnisse überspielen. Erich Mielke forderte: „Mir scheint, dass es darauf ankommt, dass dieser Genosse, der vielleicht nicht schreiben kann, weiß, wie man siegt und was man tun muss, um seine Feinde zu vernichten. Untersuchen wir einmal danach, wie manche großartig schreiben können und wie wunderbar sie daherreden, und prüfen wir, wie viel Feinde sie vernichtet haben. [...] Es ist deshalb notwendig, den Menschen einzuhämmern den Glauben an den Sieg, dass sie verstehen zu siegen.“⁸

Die erste Richtlinie des Ministers für Staatssicherheit galt der Rekrutierung von inoffiziellen Mitarbeitern (IM). Zwar arbeiteten zuvor bereits sogenannte V-Leute für die politische Polizei. Doch im September 1950 erging eine Weisung zur „Erfassung der geheimen Mitarbeiter, der Informatoren und der Personen, die konspirative Wohnungen unterhalten“.⁹ Zu diesem Zeitpunkt setzte die systematische Anwerbung von Spitzeln ein, die der Journalist Heribert Schwan im ersten Jahr der Existenz des Ministeriums auf 8 000 schätzte.¹⁰ Beim Aufbau eines entwickelten und weitverzweigten Agentennetzes standen sowjetische Geheimdienstler „beratend“ zur Seite, so Schwan. Der Aufbau eines Agentennetzes stellte zugleich eine Voraussetzung für die geheimdienstliche Arbeit in der SBZ/DDR dar. Nach zwölf Jahren NS-Diktatur besaßen viele Deutsche eine gewisse Erfahrung im Bespitzeln und Denunzieren.¹¹ Eine zweite MfS-Richtlinie präziserte die Suche, Anwerbung und Arbeit der „geheimen Mitarbeiter und Informatoren“.¹² Anfang der fünfziger Jahre durchforsteten Offiziere der DDR-Geheimpolizei die Personenregister der Jugend- und Sozialämter und suchten gezielt im Kreise junger Frauen zwischen 19 und 26 Jahren für den Einsatz als Agentin.¹³ Alle waren nach besonderen Gesichtspunkten ausgesucht: Unter ihnen waren viele Vollwaisen, einige waren wegen Delikten wie „Beischlaf-Diebstahl“ auffällig geworden oder galten als sozial gefährdet. Die Frauen wurden aufgefordert, sich wegen einer „Sonderaufgabe des Staates“ zu einem Lehrgang einzufinden. In einer als Sportschule getarnten Spionageschule im abgelegenen Erzgebirge absolvierten sie einen Lehrgang

8 Protokoll über die Kreisparteiaktivtagung der SED-Kreisleitung im MfS vom 28.1.1953, BStU, MfS KL-SED 570, Bl. 24.

9 Erich Mielke (MfS, Staatssekretär): Richtlinien über die Erfassung der geheimen Mitarbeiter, der Informatoren und der Personen, die konspirative Wohnungen unterhalten vom 20.9.1950, BStU, MfS-BdL/Dok. 2506.

10 Heribert Schwan: Erich Mielke. Der Mann, der die Stasi war, München 1997, S. 93.

11 Vgl. dazu Gisela Diewald-Kerkmann: Politische Denunziation im NS-Regime oder Die kleine Macht der „Volksgenossen“, Bonn 1995.

12 Erich Mielke (MfS, Staatssekretär): Richtlinien Nr. 21 über die Suche, Anwerbung und Arbeit mit Informatoren, geheimen Mitarbeitern und Personen, die konspirative Wohnungen unterhalten vom 20.11.1952, BStU, MfS-BdL/Dok. 2493.

13 Ost-Agentinnen. Unser Arm reicht weil, in: Der Spiegel vom 4.11.1953.

besonderer Art. Erst danach sollte entschieden werden, ob sie für diesen Auftrag wirklich bereit seien. Mehrere Wochen lang erhielten sie Politschulungen und lernten Fremdsprachen. Die Frauen sollten später als Bardamen oder Animierdamen in westdeutschen Nachtclubs „arbeiten“. Zu den Unterrichtsthemen an der Spionageschule zählten allgemeine Gesundheitslehre, Körperpflege, Verhütung von Geschlechtskrankheiten und Schwangerschaften. Fachärzte erteilten Stunden über Frauenhygiene, die Beseitigung von Alkoholerscheinungen und über die Anwendung von Rausch- und Schlafmitteln. Instrukteure berichteten schließlich von sowjetischen Partisanen und Agentinnen, denen sie nacheifern sollten und redeten von Verdiensten der klassenbewussten Frauen im Kampf für den Sozialismus. Vor ihrer „Abreise“ stattete die DDR-Geheimpolizei die Agentinnen mit Kleidung, Schuhen und Accessoires westlicher Art aus. Unter falschem Namen reisten sie in den Westen. Dort sollten sie Kontakt zu einem V-Mann aufnehmen, der ihnen weitere Instruktionen erteilte. Über diese besondere Verbindungsstelle rechneten sie ihre Spesen ab und erhielten einen Agentenlohn. Ihre Hauptaufgabe im Westen war es, das Vertrauen von westalliierten Offizieren, Polizeibeamten, Angestellten der Verfassungsschutzämter, einflussreichen Wirtschaftlern und Politikern zu erschleichen und diverse Treffen mit verdeckter Kamera filmen. Über die Verbindungsstelle gelangten dann Fotos und Filme nach Ost-Berlin.

Die erste Abteilungsleiterin im MfS

Die erste Abteilungsleiterin beim MfS kam aus Sachsen, sie war für das Finanzwesen zuständig. Rosa Schubert aus Dresden, Jahrgang 1911, von Beruf Kinderpflegerin, begann nach dem Ende des Krieges bei der Sächsischen Landesverwaltung als Buchhalterin zu arbeiten. Mit Gründung der Sächsischen Landesverwaltung wechselte sie als VP-Oberrat in die Abteilung Finanzen nach Dresden und beteiligte sich am Aufbau der Finanzabteilung. Wegen „vorbildlicher Leistungen“ ernannte sie der Kaderleiter der MfS-Bezirksverwaltung Dresden mit MfS-Befehl vom 8. August 1952 offiziell zur Leiterin der Abteilung Finanzen.¹⁴ Die Laufbahn von Rosa Schubert war in den frühen 1950er Jahren eine Ausnahme. Dies alles zeigt beispielhaft auch der berufliche Werdegang von Ruth Werner (1907–2000), der Schwester von Jürgen Kuczynski und langjährigen sowjetischen Spionin an der Seite Richard Sorges.

Geboren als Ursula Kuczynski, wuchs Ruth Werner im Familienwohnsitz in einer Villa am Berliner Schlachtensee auf, trat als Siebzehnjährige zum Kommunistischen Jugendverband und zwei Jahre später der KPD bei. Ihre Begeisterung für die Umgestaltung in Rußland und ihre Erfahrungen in China, wo sie seit 1930 lebte, ließen sie zur Mitarbeiterin des sowjetischen Geheimdienstes GRU (Deckname Sonja) werden.¹⁵ Als Agentin der Roten Armee arbeitete sie in den dreißiger Jahren in Polen, der Schweiz und in ihrem Exilland England für die sowjetische Aufklärung. Besonders ihre Zusammenarbeit mit dem aus Deutschland stammenden Physiker Klaus Fuchs war für das sowjetische Militär von großer Bedeutung. Der nach England emigrierte Atomwissenschaftler hatte in den vierziger Jahren die Pläne der USA und der Briten zum Bau der Atombombe verraten. Ruth Werner alias Sonja baute in England erneut ein Spionagenetz unter Einbeziehung ihres Vaters und ihres Bruders Jürgen Kuczynski auf und übermittelte geheime Notizen und Formeln von Klaus Fuchs per Funk und per Kurier in die Sowjetunion, zuverlässig und vom britischen MI5 unentdeckt. Skrupel gegen-

¹⁴ Kaderakte von Rosa Schubert unter: BStU, BV Dresden KS 55/71.

¹⁵ Helmut Roewer/Stefan Schäfer/Matthias Uhl: Lexikon der Geheimdienste im 20. Jahrhundert, München 2003, S. 255 (Ursula Kuczynski).

über ihrem Gastland, damals immerhin mit der Sowjetunion gegen Nazideutschland verbündet, hatte sie nicht. Während in Moskau Ende der dreißiger Jahre viele ihrer früheren Genossen umgebracht wurden, verlieh Kalinin 1938 Ruth Werner den sowjetischen Rotbannerorden.

Im Herbst 1946 brach die Verbindung der Agentin „Sonja“ mit der GRU ab. Gleich nach ihrer Rückkehr in die DDR stellte sie sich 1950 für den Aufbau der DDR-Geheimpolizei zur Verfügung. Vermutlich auf sowjetische Anweisung begann sie im Amt für Information der DDR zu arbeiten. Diese seit 1945/46 den Landesverwaltungen angegliederten Informationsabteilungen hatten sicherheitsdienstlichen Charakter und sollten in Zeiten des Kalten Krieges Propaganda betreiben sowie die Stimmung in der Bevölkerung ausforschen. Ruth Werner leitete den Bereich Auslandsinformation. Doch als Abteilungsleiterin konnte sie sich nicht auf die unbedingte Zustimmung der dort bereits Beschäftigten verlassen. Möglicherweise spielte hier eine Art Konkurrenz zwischen den daheimgebliebenen Kommunisten und den Emigranten eine Rolle. Dies lässt zumindest ein Vermerk vom Januar 1951 vermuten, in dem es heißt: „Sie ist zuverlässig und äußerst diszipliniert, steht positiv zur Sowjetunion. Politisch ist sie klar, nur auf Grund ihrer besonderen Arbeit in der Vergangenheit ist sie in manchen Problemen der Partei etwas zurückgeblieben.“¹⁶ Möglicherweise war es aber auch ihre Verschwiegenheit über die Arbeit als Agentin der Roten Armee und besonders über ihre Zusammenarbeit mit dem Physiker Klaus Fuchs, die manchen störte. Ruth Werner „machte sogleich geltend“, heißt es in dem Vermerk, dass sie „aus Gründen der Wachsamkeit nicht über mehr als private Belange sprechen könne“. Das MfS wollte Ruth Werner im Jahre 1951 durchaus in seinen hauptamtlichen Dienst übernehmen. Zur Einstellung verlangten MfS-Kaderoffiziere von ihr mehr Auskünfte. So „bat sie deshalb wiederholt beim ZK zu veranlassen, daß sie von dort den Auftrag bzw. Bestätigung erhält, uns Auskunft in den gewünschten Punkten zu geben. Zumindest verlangte sie, im Ministerium für Staatssicherheit erstmalig gehört zu werden.“¹⁷ Wenig später wechselte Ruth Werner ihre Arbeitsstelle, jedoch nicht ins MfS, sondern in die Pressekontrolle des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes, bevor sie sich dann Mitte der fünfziger Jahre als „selbständige Schriftstellerin“ aus allen Feststellungen zurückzog. Lapidar unterstellte ihr ein MfS-Hauptmann, „mit den hiesigen Verhältnissen“ nicht mehr zurechtzukommen.¹⁸



Ruth Werner auf der „Festveranstaltung anlässlich des 30. Jahrestages des MfS im Palast der Republik“, 1980.

Quelle: BStU

16 Bericht der SED-Betriebsgruppe im Amt für Informationen vom 31.1.1951, BStU, MfS AP 43/54, Bl. 4.

17 Bericht zu einer „zwecks Anwerbung durchgeführte informatorische Befragung“ vom 30.3.1951, BStU MfS AP 43/54, Bl. 9.

18 Aktennotiz von Hauptmann Frenzel von der MfS-Spionageabwehr vom 16.12.1954, BStU, MfS AP 43/54, Bl. 19.

Einige Jahre später bot sie dem MfS nochmals als Zeitzeugin in der „Traditionsarbeit“ und in der militärischen Ausbildung ihre Hilfe an. In den MfS-Schulungsmaterialien sind ihre „reichen Erfahrungen“ überliefert. Ruth Werner erteilte jungen MfS-Offizieren Auskunft über ihre Agententätigkeit. In Interviews beantwortete sie Fragen zu den Motiven ihrer Arbeit, sprach über die „Rolle von Verrätern“ in den eigenen Reihen und zu „subversiven Feindangriffen“ aus dem Westen. Die SED ehrte sie mit vielen Orden, u. a. mit dem Karl-Marx-Orden im Jahre 1977 sowie 1982 mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Gold.

Was im Falle Ruth Werners misslang, gehörte in den Anfangsjahren zur gängigen Praxis der MfS-Kaderarbeit. MfS-Kaderoffiziere rekrutierten in den 1950er Jahren Frauen aus den jeweiligen Landeregierungen und aus verschiedenen DDR-Betrieben für den geheimen Dienst. „Hochqualifizierte“ Fachleute und gut ausgebildete Sekretärinnen und Stenotypistinnen waren besonders begehrt.¹⁹ Ein weiteres Potential erschloss sich die DDR-Geheimpolizei in der Gruppe der Frauen kommunistischer Emigranten und unter Frauen aus den Widerstandsgruppen gegen den Nationalsozialismus. Sie alle kannten sich mit illegalen Einsätzen und geheimen Missionen aus. Martha Butte, Anne Christiansen Clausen, Anna Eggert, Ina Ender-Lautenschläger, Vera Herr, Ulla Kirmße, Charlotte Knittel, Anna Köhler, Eleonore Kosyrewa, Johanna Kretzschmar, Anna Liebold, Anna Peupelmann, Elfriede Sbrisny, Klara Schellheimer, Erika Thlusteck gehörten zu dieser Frauengeneration. Sie alle hatten „aktiv am antifaschistischen Widerstandskampf teilgenommen“ oder als „Kundschafterinnen des Friedens“ gefährvolle und „erfolgreiche Tätigkeit“ im „Dienste des Friedens“ geleistet. Sie hatten ihre Männer im Exil unterstützt, Kinder geboren und waren schließlich nach Deutschland zurückgekehrt. Auf den ersten Blick möchte man meinen, dass solche Frauen mit ihren Erfahrungen, mit ihrem Mut und oft intuitiven Entscheidungskraft von unschätzbarem Wert für den Aufbau des MfS gewesen sein müssten. Nach Auswertung des einschlägigen Archivgutes fällt auf, dass sie gegen den Widerstand von einigen Männern zu kämpfen hatten und allenfalls untergeordnete Funktionen und Aufgaben übernahmen. Hinzu kommt die Tatsache, dass die Frauen der Emigranten und die Widerstandskämpferinnen zur Zeit des Aufbaus des DDR-Sicherheitsapparates bereits mittleren Alters waren und als nicht mehr „voll“ einsetzbar galten. Als sie in den Dienst des MfS traten, waren manche von ihnen vierzig Jahre alt. Das MfS verzichtete in der Führungsebene weitgehend auf sie.

„Sozialistische Kaderarbeit“ mit den Frauen

Richard Herber,²⁰ Leiter des Büro Ulbricht im ZK der SED, breitete in der SED-Zeitschrift *Einheit* seine Theorie zur sozialistischen Kaderarbeit aus und skizzierte die Probleme in der Praxis der späten 1950er Jahre. Die „richtige Kaderauswahl“ und „Erziehung der Kader“ sei eine „große Verantwortung“ aller Parteileitungen in den Betrieben, im Staatsapparat, in allen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen der DDR. Nur wenigen Verantwortlichen würde es laut Herber gelingen, ein „richtiges Kollektiv“ zusammenzusetzen, bei dem „die starken Seiten der alten und jungen Kader zur gemeinsamen, vorwärtstreibenden Kraft vereint, die Schwächen so-

¹⁹ Vgl. hierzu den Aktenvermerk „Kaderauswahl“ vom 10.5.1951, BStU, MfS-BdL/Dok. 3672.

²⁰ Richard Herber (20.12.1911–19.6.1968), Sohn eines Zimmermanns, Buchdrucker, 1929 SPD, 1931 KPD, seit 1933 Kurier für illegale Literatur, Kriegsdienst, Wehrmacht, 1945 amerikanische Kriegsgefangenschaft, 1945/46 Mitarbeiter der Justizorgane in Leipzig, Verwaltungs-Obersekretär im Gefängnis Leipzig-Meusdorf, seit 1949 Funktionär im Apparat des ZK der SED, seit 1953 persönlicher Mitarbeiter von Walter Ulbricht, 1958–1967 Leiter des Büros Ulbricht, 1963 Promotion, 1963 Kandidat bzw. 1967/68 Mitglied des ZK der SED.

wohl der einen als auch der anderen eingeschränkt und der höchstmögliche Nutzen in der Arbeit erzielt“ werde. Die Stärken der „alten Kader“ sah Herber „in den großen Erfahrungen im Klassenkampf, in ihrer Standhaftigkeit, Härte und Opferbereitschaft“, während sich die „jungen Kader“ vor allem in „ihrer Tatkraft und Leistungsfähigkeit“ und in ihrem Bildungsstand, „den die alten Kader in ihrer Jugend unter dem Kapitalismus gar nicht zu erreichen vermochten“, unterscheiden. Nur wenige Parteileitungen würden dies bei der Kandidatenauswahl berücksichtigen. Überwiegend herrsche in der Kaderarbeit „weit verbreitete Spontanität“. Viel zu zögerlich würden die gut ausgebildeten Fachkräfte in verantwortlichen Positionen eingesetzt. Nach Herber gehe es in der Praxis darum, „die Besten aus der Arbeiterklasse und dem Volke“ auszuwählen und ihnen die anstehenden „Aufgaben“ zu übertragen. „Wie viele Fähigkeiten und Talente unserer Frauen“, so Herber am Ende seines Textes, „bleiben durch Engstirnigkeit, Schematismus und Routine in der Leitungs- und Kaderarbeit noch unausgeschöpft“?²¹

Kaderakten von männlichen und weiblichen Mitarbeitern des MfS zeigen, dass die bevorzugte Einstellung und Beförderung von Männern in der frühen MfS-Hierarchie nur ansatzweise zu belegen ist. Diensteschätzungen, die als Grundlage von Beförderungen und Auszeichnungen dienten, wurden über Jahre nahezu wortgleich wiederholt und in hohem Maße formalisiert. So verweisen Bezeichnungen wie „stets einsatzbereit“ oder „zuverlässig und pflichtbewußt“ auf einen hohen sprachlichen Formalismus. MfS-Angehörige durften demnach keine gegensätzlichen Merkmale aufweisen, sondern mussten, unabhängig von persönlicher Qualifikation und Eignung, diese formalen Anforderungen erfüllen. Auffallend an der sprachlichen Gestaltung von Diensteschätzungen ist auch, dass selbst in den Kaderakten weiblicher Bediensteter nahezu ausschließlich die männliche Form verwendet wurde.

Ehefrau und Mutter: Elfriede Sbrisny (1917-2001)

Elfriede Sbrisny²² war die Ehefrau von Hans Mahle, Heinz Brandt und Erich Sbrisny. Sie wurde als einziges Kind des Arbeiters Otto Meier und seiner Frau Margarete am 12. Februar 1917 in Berlin geboren. Als sie sechs Jahre alt war ließen sich die Eltern scheiden. Zu ihrem Vater hatte sie kaum Kontakt und wuchs bei der Mutter auf. Elfriede Sbrisny absolvierte die achtklassige Volksschule und die städtische Handelsschule, anschließend arbeitete sie als kaufmännische Angestellte bei der Krankenkasse „Volksheil“. Durch ihre Mutter fand sie bei der Berliner KPD ihre ideologische Heimat. Margarete Meier, von Beruf Näherin und als Sekretärin der KPD-Fraktion im Reichstag tätig, war für sie das große Vorbild. 1935 gingen Mutter und Tochter „auf Weisung der KPD“ ins Exil nach Moskau. Hier lernte die junge Elfriede an einer Abendschule die russische Sprache, studierte an der Arbeiterfakultät und arbeitete als Bibliothekarin für Fremdsprachen in einer Moskauer Bibliothek. In Moskau lernte sie ihren ersten Mann Hans Mahle kennen. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht folgte sie einem „Aufruf“ der russischen Organisation Komsomol. Rückblickend erzählte sie: „1939 während des finnischen Krieges mobilisierte der Komsomol die Mädels, daß sie die Kraftfahrerprüfung machen sollten, damit mehr Männer für die Front freigemacht werden können. Ich meldete mich ebenfalls zu dieser Aktion“.²³ 1941 wurde sie aus

21 Richard Herber u. a.: Probleme sozialistischer Kaderarbeit, in: Einheit Heft 8/1962 vom August 1962, Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, Berlin 1962, S. 51–64.

22 Kaderakte von Elfriede Sbrisny unter: BStU, MfS KS 285/65.

23 Lebenslauf Elfriede Sbrisny vom 28.11.1951, BStU, MfS KS 285/65, Bl. 45–50.

Moskau nach Kuibyschew und weiter nach Ufa evakuiert und kam als Dolmetscherin der Roten Armee an der Front zum Einsatz. Im Juni 1944 kehrte sie nach Moskau zurück und arbeitete für kurze Zeit im Verlag für Fremdsprachenliteratur.

Nach dem Ende des Krieges kehrte Elfriede Sbrisny nach Berlin zurück. Hier fand sie nach den Jahren der Trennung ihren Mann wieder. „Der Krieg brachte uns auseinander“, schrieb sie in einem Lebenslauf. Die Ehe ging in die Brüche, doch sie fand ihren Pflegevater Ottomar Geschke in Berlin wieder. Im Auftrag der *Gruppe Ulbricht* baute dieser „gerade das Sozialwesen im Berliner Magistrat auf und so fing ich auch dort an zu arbeiten“ und beim Aufbau zu helfen. In dieser Zeit lernte sie Heinz Brandt, ihren zweiten Mann, kennen. „Wir heirateten 1946 und ich bekam ein Kind“, heißt es in einem Lebenslauf.²⁴ Sie blieb zu Hause und kümmerte sich um das Kind und den Haushalt, trat in die SED ein und leitete ehrenamtlich eine Frauen-Wohngruppe in ihrem Wohnbezirk. „Wir machten für unsere Genossinnen extra Versammlungen mit speziellen Themen für die Frauen, verstanden es aber nicht an die parteilosen Frauen heranzukommen, um sie für uns zu gewinnen“, berichtete sie. Nachdem auch die Ehe mit Heinz Brandt in die Brüche ging, gab sie ihre Stelle beim Magistrat auf und begann als Sekretärin in die Kaderabteilung des ZK der SED zu arbeiten. Ihr Chef hielt eine Fortbildung in Marxismus-Leninismus für hilfreich, wo sie die Aufgaben eines Parteigruppenorganisations kennen lernen und ihre „Schwächen“ überwinden sollte. „Ich habe Schwächen in der Seminararbeit“ schätzte sie selbst ein, „d.h. ich komme zu wenig aus mir heraus, habe Hemmungen. Diese Hemmungen haben sich schon etwas gegeben, aber ich muß daran arbeiten, um sie zu überwinden.“ In dieser Zeit wurden Geheimdienstoffiziere auf sie aufmerksam. Im Dezember 1951 prüfte die MfS-Bezirksverwaltung Groß-Berlin ihre „Eignung“. In der MfS-Kaderakte sind mehrere Ermittlungsberichte überliefert. In ihrer Arbeit sei sie zuverlässig und ausdauernd, heißt es darin. Für eine MfS-Arbeit sei sie geeignet, allerdings fehlten ihr „noch die theoretische Schulung, um ihre Sicherheit und Selbstbewußtsein zu stärken“.²⁵ Auf der SED-Landesparteienschule „Friedrich Engels“ sollte sie die Lücken in der „theoretischen Arbeit“ schließen. Hier lernte die 34jährige Elfriede Sbrisny ihren dritten Mann kennen.



Elfriede Sbrisny; Quelle: BStU

Im November 1951 begann sie als Referentin im „Institut für wirtschaftswissenschaftliche Forschung“, einem Vorläufer der Auslandsaufklärung der DDR, der Hauptverwaltung A (HV A), in der Hauptabteilung I. Die HA I war unter dem Leiter Inspekteur Herbert Hentschke für die Aufklärung in der Bundesrepublik und in West-Berlin zuständig.²⁶ Bereits im März 1952 wurde sie mit einer Prämie ausgezeichnet, weil sie „schwierige politische und operative Aufgaben [...] vorbildlicher, gewissenhafter und

24 Lebenslauf Elfriede Sbrisny vom 24.11.1950, BStU MfS KS 285/65, Bl. 53-55.

25 Beurteilung zu Elfriede Brandt, o.D., BStU MfS KS 285/65, Bl. 82.

26 Zur Struktur und Entwicklungsgeschichte der HV A, Vgl. Roland Wiedmann: Anatomie der Staatssicherheit. Die Dienststeinheiten des MfS 1950-1989, MfS-Handbuch, Schriftenreihe des BStU, Berlin 2012, S. 357-398.

mit großem Fleiß erfüllte.²⁷ Jedoch stellte der Abteilungsleiter bald fest, daß sie für die „Arbeit auf operativem Gebiet wenig geeignet“ sei. Sie habe zu wenig theoretisches Wissen, beherrsche ihr Arbeitsgebiet „noch ungenügend“, zudem sei ihr Gesundheitszustand labil und ihre familiären Verpflichtungen behinderten einen MfS-Einsatz. Im September 1954 wurde ihr Sohn geboren und es gab Schwierigkeiten, berufliche und häusliche Aufgaben miteinander zu vereinbaren. Deshalb arbeitete sie mitunter bis spät abends oder an Wochenenden und wenn sie gebraucht wurde auch an Sonntagen. Um sich um ihr Kind zu kümmern, beantragte sie schließlich eine Teilzeitstelle. Doch für dieses Vorhaben erhielt sie seitens der HV A-Leitung wenig Unterstützung, das läßt eine Einschätzung vermuten, in der es hieß: „Da die Gen. S. nur halbtags beschäftigt ist, ist der Arbeitsanfall für sie oft etwas groß, dazu kommen noch die täglichen Arbeiten des Aufsprechens der Telegramme, sodass sie sich in dieser Zeit sehr beeilen muss und dabei Fehler unterlaufen können.“²⁸ Der Anteil teilzeitbeschäftigter Frauen in der HV A konnte zwar bislang nicht genau beziffert werden, aber er war vermutlich eher gering. Ende 1957 schied Elfriede Sbrisny aus eigenem Wunsch aus dem MfS aus. In ihrer Begründung schrieb sie: „Die Frau, die meine Kinder und meinen Haushalt betreute, ist aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in der Lage zu arbeiten. Gleichfalls erlaubt der Gesundheitszustand meines Kindes noch keinen Aufenthalt im Kindergarten.“²⁹ Sie kehrte in ihren alten Beruf als Bibliothekarin zurück. Im Institut für Marxismus-Leninismus des ZK der SED gab es die Möglichkeit, verkürzt zu arbeiten oder zeitweilig auf die Erwerbstätigkeit ganz zu verzichten.

Als Rentnerin wurde das MfS nochmal auf die aufmerksam. Sie erklärte sich zusammen mit ihrem Mann bereit, als IMK/KW „Klaus Linde“ ein Zimmer ihrer Wohnung in der Frankfurter Alle in Ost-Berlin „für die konspirative Treffdurchführung“ zur Verfügung zu stellen.³⁰ 1986 zeichnete Oberst Schaffer das IM-Ehepaar mit der Verdienstmedaille der NVA in Silber aus. Bei Elfriede und Erich Sbrisny handele es sich „um zuverlässige und treue Genossen unserer Partei, die trotz ihres Alters noch sehr aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen“.³¹

Die Kämpferin: Charlotte Knittel (1912–1988)

Charlotte Knittel³² hätte nach den Erfahrungen in Hitler-Deutschland und Stalins Rußland die Voraussetzungen für eine Karriere gehabt. Sie wurde als jüngstes von drei Kindern des Schriftgießers Otto Albrecht und seiner Frau Anna am 8. Dezember 1912 in Leipzig geboren. Ihre Eltern schickten das aufgeweckte Kind auf eine Leipziger Volksschule. Anschließend absolvierte sie eine Lehre bei der Buchbinderei Teubner. Frühzeitig, so schrieb sie in einem Lebenslauf, begann sie sich zu „organisieren“. Mit sechzehn Jahren trat sie in den Kommunistischen Jugendverband (KJVD) ein und war in der Roten Hilfe und der Freidenker-Bewegung aktiv.



Charlotte Knittel. Quelle: BStU

27 Beurteilung zu Elfriede Brandt, o.D., BStU MfS KS 285/65, Bl. 82.

28 Oberleutnant Jäckel: Beurteilung vom 14.12.1956, BStU MfS KS 285/65, Bl. 104.

29 Elfriede Sbrisny: Antrag vom 20.10.1957, BStU MfS KS 285/65, Bl. 106.

30 IM-Akte von Elfriede und Erich Sbrisny unter: BStU MfS AIM 1427/91.

31 1988/89 führten MfS-Offiziere der HA IX/11 Gespräche mit ihr, wegen einer geplanten Würdigung im Traditionsheft „Frauen an der unsichtbaren Front“. Vgl. BStU MfS HA IX/11 SV 8/87.

32 Kaderakte von Charlotte Knittel unter: BStU, MfS KS 401/65.

Die Bezirksleitung des KJVD Westsachsen delegierte die junge kluge Frau 1931 zu einem Studium an die Reichsverbandsschule nach Berlin. Hier lernte sie den Kommunisten Fritz Knittel kennen.³³ Nach dem Studium übernahm Charlotte Knittel eine Stelle in der Bezirksleitung Westsachsen, zog dann aber im Dezember 1931 nach Berlin zu ihrem Ehemann. Fritz Knittel, zu dieser Zeit als Redakteur im Zentralkomitee des KJVD tätig, ging auf Weisung des ZK als Vertreter des Exekutivkomitees der Kommunistischen Jugendinternationale (EKKJI) nach Moskau und Wien. Die 20-jährige Charlotte Knittel begleitete ihn. Ihr Mann wurde 1934 in Österreich verhaftet, kehrte nach achtmonatiger Gefängnisstrafe im Mai 1935 nach Moskau zurück. Sie arbeitete derweil in Moskau in einer Uhrenfabrik und in einem Radiobetrieb und verdiente ihren Unterhalt. In Moskau kamen die drei gemeinsamen Kinder Jonny, Fred und Annemarie zur Welt.

Im Juni 1941 fiel die deutsche Wehrmacht in die Sowjetunion ein. „Durch den Machtantritt Hitlers wurde unsere Rückkehr nach Deutschland verhindert und wir wurden Emigranten in der UdSSR“, schrieb Charlotte Knittel in einem Lebenslauf.³⁴ Der Überfall griff tief in den Alltag der Familie Knittel ein. Auf einer Sekretariatstagung des ZK der kommunistischen Parteien fordert Dimitroff von den deutschen Emigranten u. a. der „deutschen Bevölkerung sowie den Angehörigen der Wehrmacht das Verbrecherische des Krieges deutlich zu machen“. Im Moskauer Rundfunk liefen deutschsprachige Programme, die auf die deutschen Bevölkerungsgruppen zielten, um sie gegen den Krieg und Hitler zu gewinnen. Für diese Propaganda lud der Sender bewährte junge Kommunisten ein, neben dem Schauspieler und Regisseur Hans Rodenberg auch den jungen Fritz Knittel.³⁵ Von 1942 bis 1946 war er Angehöriger des Ministeriums des Innern der UdSSR, Instrukteur in deutschen Kriegsgefangenenlagern und 1946/47 an der zentralen Antifa-Schule in Taliza.³⁶ Charlotte Knittel wurde zusammen mit den Kindern zum Kriegsausbruch aus Moskau evakuiert und lebte seit 1941 in Iwanowa und Jelabuga.³⁷

1946 kehrte sie nach Moskau zurück und reiste im April 1947 weiter nach Deutschland. Ihr Mann folgte im September des gleichen Jahres, wo sie zusammen in Halle lebten. In Halle gründete Charlotte Knittel eine Wohngruppe des DFD und wurde im April 1951 als hauptamtliche Mitarbeiterin in die MfS-Bezirksverwaltung Halle eingestellt. Ihr Bruder Otto Albrecht arbeitete zu dieser Zeit als Hauptreferent im Volksbildungsministerium von Elisabeth Zaisser. Ihr Mann leitete die SED-Landesparteschule in Sachsen-Anhalt. Nach dem 17. Juni 1953 sollte Charlotte Knittel nach dem Willen der Bezirksleitung von Halle Vor-Ermittlerin in der Abteilung M (Postkontrolle) werden. Sie sprach fließend Russisch und es fiel ihr leicht, Kontakte zu schließen. Zunächst erfüllte sie diesen Auftrag und „verstand es, die gewünschten Auskünfte auf die verschiedenen Arten einzuholen“, so der Abteilungsleiter.³⁸ Doch das dienstliche Verhältnis zum jüngeren Vorgesetzten Hauptmann Kozik war schwierig. Noch im Juni 1954 erklärte sie gegenüber der bezirklichen MfS-Kaderabteilung, sie werde sich zu-

33 Die Biografie von Friedrich (genannt Fritz) Knittel (5.6.1905–8.12.1980) ist nachzulesen in: Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biografisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004..

34 Lebenslauf Charlotte Knittel vom 31.1.1951, BStU, MfS KS 401/65, Bl. 50–51.

35 Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle - eine Biografie, Hamburg 2003, S. 100.

36 Vgl. dazu Bericht vom 12.10.1954, BStU MfS KS 401/65, Bl. 60.

37 Vgl. dazu Charlotte Knittel: „Über meinen Aufenthalt in der Sowjet-Union“ vom 17.4.1951, BStU MfS KS 401/65, Bl. 80-81.

38 Major Brautzsch (BV Halle/Saale, Leiter der Abteilung M): Beurteilung vom 27.1.1954, BStU MfS KS 401/65, Bl. 32.

künftig „an die Bestimmungen die für uns Angestellte des Sfs gelten“ halten. Vier Monate später schätzte Hauptmann Kozik jedoch ein, daß die hauptamtliche MfS-Mitarbeiterin Knittel immer noch sektiererische Tendenzen verzeichne, die „ihrem noch schwachen theoretischen Wissen zu zuschreiben“ wären.³⁹ Als ihr Mann Ende des Jahres 1954 eine Stelle im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED übernahm, folgte sie ihm nach Ost-Berlin.

Die MfS-Zentrale in Berlin wies ihr einen Arbeitsplatz in der Abteilung „Sicherung Kultur, Opposition“ (HA V des MfS) zu. Sie absolvierte einen Lehrgang für „Hand- und Maschinenschriftenvergleiche“ bei der Technischen Untersuchungsstelle des MfS, wo sie „zur operativen Aufklärung von Verfassern feindlicher anonymer und pseudonymer Schriften“ befähigt werden sollte. Den Lehrgang beendet Knittel mit guten Ergebnissen. Sie habe sich „ein hohes Maß an theoretischem politischen Wissen“ erarbeitet, hieß es in einer Einschätzung, und profitierte in der MfS-Arbeit von „ihren Kenntnissen und Erfahrungen, die sie in der Sowjetunion gesammelt hat“. Doch geriet sie auch hier mit einem um viele Jahre jüngeren Vorgesetzten aneinander. Oberstleutnant Schröder verfasste schließlich folgende Stellungnahme: „Ich habe erkannt, daß es ein Fehler ist, wenn man seine Unsicherheit vor einer erfahrenen Genossin so zum Ausdruck bringt und habe bereits begonnen eine andere Art und Weise an den Tag zu legen, wobei von mir die Forderung nach Disziplin, Pünktlichkeit, Kollektivem Denken und Handeln noch eindringlicher erhoben wird. Trotz allem bin ich mir heute noch nicht bewußt, ob es Mittel zum Zweck oder Wahrheit ist, wenn mir Genossin Knittel vorwarf, daß ich aristokratisch, unmenschlich und bürokratisch bin“.⁴⁰

Oberst Gustav Szinda von der Dienst Einheit „Sicherung Deutsche Volkspolizei/Ministerium für Inneres“ (Abteilung VII des MfS) beantragte eine Umsetzung von Charlotte Knittel in seinen Bereich. Ende 1956 wechselte die MfS-Mitarbeiterin in das Referat Auslandsreisen der Abteilung VII, in das Sachgebiet „Dienstreisen – Aus- u. Einreisen – sozialistische Länder“. In der ersten Beurteilung wurde ihre Versetzung als „belebender Impuls“ in der Dienst Einheit eingeschätzt.⁴¹ Zugleich wurde kritisiert, dass sie „manchmal zuviel redet, daß der Eindruck entsteht, daß sie Mittelpunkt sein möchte“.⁴² In ihrem Wohngebiet erhielt sie dafür den Spitznamen Schnatterinchen. Ihre Offenheit passte wenig in diese geheimen Strukturen und wurde schon bald in Verantwortungslosigkeit und Unreife umdefiniert. Ein halbes Jahr später sollte sie abermals in einer anderen Dienst Einheit arbeiten. In der Arbeitsgruppe Strafvollzug (Referat VII/4 der Abteilung VII) herrschte Personalmangel und Unterleutnant Knittel sollte eine Lücke schließen. Unter anderem war sie in dieser Arbeitsgruppe mit dem Vorgang Hermann Joseph Flade befasst. Sie hatte die Aufgabe, die Post des in Haft sitzenden Flade zu überwachen. Der 18jährige Oberschüler Flade hatte gegen die ersten Wahlen in der DDR protestiert und Flugblätter an Häuserwände geklebt. Bei der Festnahme durch eine Zivilstreife der Volkspolizei widersetzte er sich, konnte fliehen, verletzte dabei aber einen Polizisten mit seinem Taschenmesser. Zwei Tage später wurde er gefasst und deutschlandweit bekannt durch einen Schauprozess vor dem Landgericht Dresden, das ihn aus politischen Gründen zum Tode verurteilte. Das Todesurteil sorgte in der DDR und in Westdeutschland für Entsetzen, bis hin zu Konrad Adenauer, der das Urteil als „terroristische Handlung“ bezeichnete. Das Oberlandesge-

39 Hauptmann Kozik (BV Halle/Saale, Abteilung M): Beurteilung vom 7.10.1954, BStU MfS KS 401/65, Bl. 33.

40 OSL Schröder (MfS, Leiter der HA V): Aktennotiz vom 12.11.1956, BStU, MfS KS 401/65, Bl. 34–36.

41 Beurteilung o.D., BStU, MfS KS 401/65, Bl. 42–43.

42 Oberst Gustav Szinda (Abt. VII, Leiter): Vorschlag zur Auszeichnung mit der Medaille „Für treue Dienste“ vom 16.8.1957, BStU, MfS KS 401/65, Bl. 40.

richt Dresden änderte das Strafmaß in 15 Jahre Zuchthaus, bis 1960 saß Flade in Haft.⁴³

In der Arbeitsgruppe Strafvollzug leistete Unterleutnant Knittel nach internen Einschätzungen eine „gute“ Arbeit, doch die Anerkennung fehlte. Zudem war die Moral innerhalb der Truppe trostlos. Im April 1958 legte Unterleutnant Knittel einen ausführlichen Bericht über die Zustände in der Diensteinheit vor. Darin schilderte sie die Alkoholprobleme der Männer und ihre permanenten Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin. So wurden u.a. von Januar bis März 1958 „in diesem Referat von 9 Mitarbeitern 4 Genossen wegen moralischer Vergehen – Ursache Alkohol - insgesamt mit 7 dienstlichen u. parteilichen Strafen bestraft u. 20 Tagen Arrest“. In den „vielen Wochen“ ihrer Beobachtung führte sie mehrere Gespräche und entschied sich, aktiv zu werden und einen MfS-Mitarbeiter „in Bearbeitung zu nehmen“. Das Ergebnis war ernüchternd: Anlässlich von Dienstfahrten in die bezirklichen Abteilungen VII „wurde tüchtig getrunken bis man nicht mehr wußte was man tat“. Ein MfS-Offizier fühlte sich „als Held“, weil er „die Gen. in totalen betrunkenen Zustand weitestgehend unterstützt und [...] die Betrunkenen bis ans Bett nach Hause bringt“. All das wäre lange bekannt und zeigte aber zugleich, daß die Zustände bis in die höheren Kreise geduldet würden. Hinzu kämen die Heldengeschichten einiger MfS-Offiziere über die deutsche Wehrmacht in der Sowjetunion. Als Charlotte Knittel einen MfS-Offizier direkt fragte, warum er nicht zu den Truppen der Roten Armee übergelaufen sei, bekam sie als Antwort: „na dann wären wir ja heute Generalmajor der Staatssicherheit“.

Unterleutnant Knittel forschte eigenmächtig weiter und wollte herausfinden, warum die Männer in ihrer Diensteinheit eine so schlechte Moral an den Tag legten. Über die Ursache, schrieb sie in einem Bericht, „sehe ich in dem niedrigen politischen und ideologischen Niveau einiger Genossen in der Abt. VII. Z.B. stellte man fest, daß gerade das Ref. VII/4 große ideologische Schwächen hat und der Kameradschaftsgeist und die Kollektivität schwach vorhanden sind, was absolut wichtig ist.“ Eine Zeitlang erschien es ihr möglich, dass sich diese Situation ändern könnte. Doch der Referatsleiter Mielsch mahnte: „Genn. Knittel, wir wollen die Angelegenheiten nicht an die große Glocke hängen, damit festigen wir nicht das Kollektiv sondern bringen es auseinander“. Unterleutnant Knittel ließ sich nicht beirren oder einschüchtern und wandte sich schließlich an die höhere Hierarchieebene. Doch es kam anders. Auf einer Parteiversammlung im August 1958 warfen ihr die männlichen Kollegen vor: „Die Genn. Knittel kennt die deutsche Mentalität und Verhältnisse nicht richtig, das kommt daher, weil sie zu lange (15 Jahre) in der SU gelebt hat und deswegen sehr überheblich ist“.⁴⁴ In einer anderen Aussprache (mit fünf leitenden MfS-Funktionären und neun hauptamtlichen Mitarbeitern) wurde sie darauf hingewiesen, „daß das Kollektiv zwar gut sei, aber das Verhalten der Genn. K. nicht in Ordnung ist“. Ihre Kollegen warfen ihr Überheblichkeit, Diskriminierung „leitender Funktionäre unserer Partei und unseres Staates“, mangelndes Vertrauen in die Abteilungsleitung und in die MfS-Parteileitung vor.⁴⁵ Kollegen, Referatsleiter, Abteilungsleiter bis hin zur Kaderabteilungsleitung versuchten alle ein gegensätzliches Bild zu zeichnen. Schließlich schaltetet sich die Kreispartei-Kontrollkommission (KPKK) ein. Laut dem Beschluss einer außerordentlichen Mitgliederversammlung vom August 1958 sollte der „Zustand der Kader in der

43 Karl Wilhelm Fricke: Überzeugt von seiner gerechten Sache. Der politische Widerstand des Hermann Joseph Flade, in: Karl-Wilhelm Fricke, Ilko-Sascha Kowalczuk: Der Wahrheit verpflichtet, Berlin 2000, S. 378-396.

44 Unterleutnant Charlotte Knittel (Abteilung VII/3, AG Strafvollzug): Mitteilung vom 22.4.1958, BStU, MfS KS 401/65, Bl. 99-107.

45 Oberleutnant Schmalfuß (MfS, HA Kader und Schulung): Bericht vom 13.8.1958, BStU, MfS KS 401/65, Bl. 109-113.

Abteilung VII“ zwar überprüft werden, zugleich kritisierten die teilnehmenden Männer „das Verhalten der Genossin Knittel“ heftig. In dem Beschluss hieß es u. a.: *„Wenn wir die vom V. Parteitag für uns gestellten Aufgaben lösen und dazu beitragen wollen, den Sozialismus zum Siege zu führen, ist es notwendig, ein festes und starkes Kollektiv der Genossen zu schaffen. Das bisherige Verhalten der Genossin Knittel half nicht unser Kollektiv zu festigen, sondern zu lockern. Die Genossen der Grundorganisation 7 ziehen aus der heutigen Mitgliederversammlung die Schlußfolgerung, in Zukunft rechtzeitig alle Versuche, die geeignet sind, das Kollektiv zu zersetzen, abzuwehren.“*⁴⁶

Kurz darauf zog der Abteilungsleiter Oberstleutnant Böhm die MfS-Mitarbeiterin Knittel vom Vorgang Flade ab. Die Gründe lagen aus ihrer Sicht im Folgenden: „Meine Arbeit die bisher vom Gen. B. öfters gelobt wurde, besonders mein klarer Blick für manche operativen Dinge inbezug auf den Vorgang Flade, verloren von dieser Zeit an seine Gültigkeit. Angenommen bei mir wäre wirklich eine Niedergangerscheinung eingetreten, wie jetzt Gen. B. behauptet, hätte zumindest der Gen. B. od. die Genn. Zwicker mit mir sprechen müssen. Sie hätten mir ehrlich und offen meine Fehler sagen müssen.“⁴⁷ Zwei Wochen nach der außerordentlichen Mitgliederversammlung verfasste Charlotte Knittel einen weiteren Bericht. Der ein oder andere gab unter Verschwiegenheit zu, dass auf der Parteiversammlung einige „Dinge übertrieben wurden, aber übertreiben muss man ja, sonst würden sie nicht glaubwürdig klingen“. Inzwischen wurde sie seitens der MfS-Kaderabteilung mit weiteren Vorwürfen konfrontiert. Sie hätte Fehler in ihrer Arbeit gemacht und bei Ermittlungen „das logische Denken vernachlässigt“. Kritisiert wurden „ihre ungenügenden operativen Arbeitsergebnisse“, ihre „ausschweifende Form in den Berichten“ und „dass sie sehr gefühlsmäßig an die Arbeit herangeht“. Lapidar hieß es, die „operativen“ Aufgaben in der Abteilung VII würden immer komplizierter und die MfS-Mitarbeiterin sei den Anforderungen „nicht mehr voll gewachsen“.⁴⁸ Auf Vorschlag eines Kaderoffiziers wurde Charlotte Knittel in die Abteilung Auskunft/Speicher/Archiv (Abteilung XII des MfS) umgesetzt und war fortan für die „Bearbeitung der Reisen in die sozialistischen Länder“ und seit 1962 außerdem für „die Bearbeitung der Einreisen – Westdeutschland“ zuständig.

Nach diesen Erlebnissen im MfS-Apparat zog sich die MfS-Mitarbeiterin immer mehr ins Privatleben zurück. In den ganzen Jahren der Auseinandersetzungen hatte sie eine starke familiäre Unterstützung erfahren. Nach der Zwangsversetzung widmete sie sich verstärkt ihren älter werdenden Kindern. Zugleich versuchte sie, die internen MfS-Vorschriften und Verhaltensanweisungen einzuhalten und nicht in Konflikt mit den jungen Vorgesetzten zu geraten. Doch immer wieder geriet sie in Widerspruch mit der MfS-Bürokratie. Als sie im März 1964 einer Feier zum „Internationalen Frauentag“ fernblieb, rügte die MfS-Kaderabteilung ihr Verhalten mit einem Verweis „wegen Verstoß gegen die Disziplin“.⁴⁹ Wie in anderen Beurteilungen zuvor wurden ihr abermals „Geltungsbedürfnis“ und „übertriebene Einsatzbereitschaft“ vorgeworfen. Sie dränge sich „förmlich zur Übernahme von Funktionen und Aufgaben“ auf, hieß es. Im Dezember 1964 wurde Charlotte Knittel 52 Jahre alt. Die Jahre der Emigration, die Klassenkämpfe und die internen Konflikte im MfS-Apparat hatten ihre Spuren hinterlassen. Sie fiel immer öfter wegen Krankheit aus und stellte schließlich einen Antrag auf „vorzeitige Berentung“. So lebte sie seit 1965 als Früh-Rentnerin in Ost-Berlin und

46 Zwicker (MfS, 1. Sekretär der GO 7): Beschluß der Grundorganisation 7 von der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 7. August 1968, BStU, MfS KS 401/65, Bl. 108.

47 Ihr persönlicher Bericht zu den Vorgängen ist in ihrer Kaderakte überliefert. BStU MfS KS 401/65, Bl. 119-123.

48 Aktenvermerk vom 23.8.1958, BStU, MfS KS 401/65, Bl. 6-7.

49 Aktenvermerk vom 10.3.1964, BStU, MfS KS 401/65, Bl. 219-220.

pfl egte ihren Mann nach einem Schlaganfall. Zum 65. Geburtstag überreichten MfS-Funktionäre ihr die Verdienstmedaille der NVA in Gold. Sie habe ihre „ganze Kraft für den Aufbau des Sozialismus eingesetzt“, hieß es in einer Begründung.

Die Einbeziehung von Frauen in den militärischen MfS-Dienst der 1950er Jahre geschah meist eher zufällig. Frauenemanzipation war kein Kriterium bei der Kaderauswahl im DDR-Geheimdienst, gleichwohl standen viele Frauen bereit, um beim Aufbau zu helfen. Der Widerstand einiger Männer in der Leitungsebene war groß und verhinderte eine systematische Einstellung von Frauen. Der Dienst in den militärischen Formationen blieb überwiegend Männersache. In der Leitung des MfS waren nur wenige Frauen vertreten. Biografien von Frauen aus dieser Zeit zeigen, dass sie als Lebensgefährtinnen von KPD-Führern, die Opfer der NS-Diktatur oder der stalinistischen Säuberungen wurden, in das Verhängnis einbezogen wurden. Doch beim Aufbau einer angeblich besseren Gesellschaft in der SBZ/DDR wurden sie im Unterschied zu ihren Männern in der Regel nur mit untergeordneten Funktionen betraut. Manche von ihnen zogen sich bald aus der Politik und dem Berufsleben ins Private zurück.

Die Abteilung Beobachtung, Ermittlung, Festnahme, Durchsuchung in den 1950er Jahren – Abteilung VIII des MfS

Eine Ausnahme bildete die „Kaderarbeit“ unter Inspektor Rudolf Gutsche – verheiratet mit der Kundschafterin Galina Iwowa, Mitglied der KPdSU und zwischen 1936 und 1944 zusammen mit seinem Vater Joseph Gutsche als Agent der Rote Armee tätig.⁵⁰ Russische Geheimdienstoffiziere erteilten ihm in Moskau den Auftrag, die DDR-Geheimpolizei aufzubauen. Die Abteilung VIII wurde unmittelbar nach der Gründung des MfS am 13. Februar 1950 gebildet.⁵¹ Sie bereitete im Verantwortungsbereich des Staatssicherheitsdienstes den Aufbau militärischer Strukturen für die spätere Hauptabteilung VIII vor.⁵² Die Diensteinheit hatte ihren Sitz in der Normannenstraße in Ost-Berlin. Inspektor Gutsche standen für seine Mitarbeiter zunächst zwei Büros zur Verfügung, später waren es acht. Im Sommer 1950 verfügte die Abteilung VIII über eine Personalstärke von insgesamt 29 hauptamtlichen Mitarbeitern. Neben dem Leiter und den beiden Stellvertretern arbeiteten in der Abteilung VIII „12 operative Beobachter, 4 operative Ermittler, 6 Mitarbeiter für Festnahme und Durchsuchung, 1 Mitarbeiter Intendantur, 1 Kfz-Techniker und 2 Kraftfahrer“. Die Personalstärke wuchs in den fünfziger Jahren stark an. Nach Rücksprache mit Arthur Pieck bekam die MfS-Abteilung weitere Arbeitsräume und Unterkünfte für die „operativen Beobachter“ zugeteilt. Gutsche und Pieck kannten sich aus Moskauer Zeiten. Gutsche versicherte, „die Genossinnen und Genossen der Abteilung VIII [stehen] für Sicherungsaufgaben bei Parteitage/Konferenzen, Gerichtsprozessen u. a. bedeutsamen Ereignissen“ zur Verfügung.⁵³ 1954 zog die Diensteinheit nach Berlin-Johannesthal in ein eigenes Objekt um.⁵⁴ Zu

50 Die Biografie von Rudolf Gutsche (4.11.1919–3.10.1988) ist nachzulesen in: Wer war wer in der DDR. Ein biografisches Lexikon, Berlin 2000. MfS-Kaderakte unter: BStU, MfS KS II 146/76.

51 Inspektor Rudolf Gutsche (Abt. VIII, Leiter): Struktur der Abteilung VIII vom 13.2.1950, BStU, MfS HA VIII 1729/2, Bl. 483.

52 Vgl. hierzu Angela Schmole: Anatomie der Staatssicherheit. Die Hauptabteilung VIII. Beobachtung, Ermittlung, Durchsuchung/Festnahme, MfS-Handbuch, Schriftenreihe des BStU, Berlin 2010.

53 Nachzulesen in: Materialsammlung der HA VIII für das Traditionskabinett „Ausschnitte aus dem Leben des ehem. Leiters der Abteilung VIII, Genossen Rudolf Gutsche“, o. D., BStU, MfS HA VIII 1123, Bl. 3–11.

54 Inspektor Rudolf Gutsche (Abt. VIII, Leiter): „Die Struktur der Abteilung VIII, der feste Kern der im tschekistischen Kampf erfahrenen Mitarbeiter“, o. D., BStU, MfS HA VIII 6178, Bl. 1–18.

den Aufgaben der Abteilung VIII gehörten von Anfang an Durchsuchungen und Festnahmen, die verdeckte Beobachtung „negativer und feindlicher Personen“ und die gesamtdeutsche Ermittlungsarbeit. Laut einer ministeriellen Anweisung sollten die im Ausland arbeitenden MfS-Diensteinheiten Informationen zu geplanten und gegen die DDR gerichteten „feindlichen Tätigkeiten“ verdächtigter Personen zusammentragen. Als besonders verdächtig galten dem Staatssicherheitsdienst „Agenten ausländischer Spionageorganisationen, Terroristen, Diversanten, Schädlinge, Teilnehmer an der Schumacher'schen illegalen Arbeit, Trotzlisten, Angehörige von faschistischen illegalen Organisationen, frühere führende Angehörige der Gestapo, SD, Abwehr, früheres Kommandopersonal von Konzentrationslagern, Gefängnissen, der SS, SA, führende Funktionäre der NSDAP und des Hitlerstaates, Angehörige religiöser Sekten und andere Personen“.⁵⁵

Zu den ersten Mitarbeitern der Abteilung VIII zählten „bewährte Kämpfer gegen den Faschismus, Angehörige der Volkspolizei, Antifa-Schüler und Kinder von Antifaschisten.“⁵⁶ Als Abteilungsleiter ließ Inspektor Gutsche keinen Zweifel daran, dass „der Kampf gegen den Feind“ nur durch „standhafte und treue“ Männer und Frauen gemeinsam zu gewinnen sei. In einem internen Papier über die Anfänge seiner Abteilung betonte er, dass sich die Mitarbeiterinnen ebenso durch Fleiß, straffe Disziplin, „Konspiration und Wachsamkeit“ ausgezeichnet hätten. Edeltraud Sarge, Helga Ptak, Christine Schibschik, Marianne Feistl und Anna Peupelmann gehörten für ihn genauso zu den „im tschekistischen Kampf erfahrenen Mitarbeitern“ wie Heinz Pilz, Günther Zorn, Dieter Haberland, Manfred Miksch oder Horst Schwerdtfeger. Neben sechs hauptamtlichen MfS-Mitarbeitern ernannte Gutsche zwei Frauen – Edeltraud Sarge und Christine Schibschik – zu „Leitern des Referates Ermittlung“. Als Referatsleiterinnen verfügten die beiden MfS-Mitarbeiterinnen über einen eigenen Zuständigkeitsbereich. Sie leiteten mehrere MfS-Mitarbeiter an und trugen die Personalverantwortung für ein Referat. Inspektor Gutsche schätzte rückblickend ein: „Es muß gesagt werden, daß für den Aufbau der Abteilung VIII die benötigten Kader selbst zu werben waren und damit auch häufig funktionelle Umbesetzungen von leitenden Kadern und Mitarbeitern zu verzeichnen waren.“ Dabei habe es in den Anfangsjahren auch „Schwierigkeiten“ und Kritik bezüglich mangelnder Ausbildung und der schlechten Ausrüstung der Geheimdienstmitarbeiter gegeben. Allerdings habe sich während der internen „Erziehung und Entwicklung der Kader“ bald „der Weizen von der Spreu“ getrennt und es bildete sich „ein fester Kern von Kadern heraus, die treu und standhaft gegenüber der Partei und Arbeiterklasse [...] ihre revolutionäre Pflicht“ erfüllten.⁵⁷

Aktion „Morgenröte“

Im Juni 1951 entsandte Inspektor Rudolf Gutsche mehrere Frauen und Männer als „Beobachter“ der Abteilung VIII in die Einsatzgruppen der „Aktion Morgenröte“. Zusammen mit FDJ-Funktionären, Polizeieinheiten der Länder und Vertretern der Kriminalpolizei sollten sie die III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Ost-Berlin vor

55 Generalleutnant Erich Mielke (MfS, Minister): „Richtlinie über die Erfassung von Personen, die eine feindliche Tätigkeit durchführen und die von den Organen des MfS der DDR festgestellt werden“ vom 20.9.1950, BStU, MfS BdL/Dok. Nr. 2505.

56 Nachzulesen in: Materialsammlung der HA VIII für das Traditionskabinett „Ausschnitte aus dem Leben des ehem. Leiters der Abteilung VIII, Genossen Rudolf Gutsche“, o. D., BStU, MfS HA VIII 1123, Bl. 3-11.

57 Inspektor Rudolf Gutsche (Abt. VIII, Leiter): „Die Struktur der Abteilung VIII, der feste Kern der im tschekistischen Kampf erfahrenen Mitarbeiter“, o. D., BStU, MfS HA VIII 6178, Bl. 1-18.

gegnerischer „Wühl- und Zersetzungsarbeit“ beschützen. An die Landesverwaltungen des Staatssicherheitsdienstes erging die Weisung, „Wachen und Passierscheinkontrollen in den Gebäuden der Ministerien, Verwaltungen und Betriebe“ zu verstärken und Geheime Informatoren (GI) für Sonderaufgaben einzusetzen, um zu erkunden, „welche Vorbereitungen oder Maßnahmen [...] zur Störung der Weltfestspiele“ geplant seien.⁵⁸ Ein „Einsatzstab“ mit 209 männlichen und 38 weiblichen „West-Instrukteuren“ wurde gebildet.⁵⁹ Laut Einsatzplan zur Aktion „Morgenröte“ war vorgesehen, alle „westdeutschen Teilnehmer“ der Weltfestspiele unmittelbar nach „Überschreiten der D-Linie in Auffang- und Sammelstellen zu bringen. In siebzehn Sammelstellen der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen wurden die Jugendlichen „empfangen, registriert und gepflegt“. Die Registrierung erfolgte in Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei zunächst nach einem Code.⁶⁰ Überdies wurden Namenslisten getrennt nach Geschlecht, Alter und Parteizugehörigkeit erstellt. Die Teilnehmer durften dann nach Ost-Berlin weiterreisen. Die Leiter der Sammelstellen hatten Rechenschaft darüber abzulegen „wie viele GM und Informatoren geworben“ und „wie viele Agenten festgenommen“ wurden. MfS-Staatssekretär Mielke lobte hernach den Anteil der Abteilung VIII an der „erfolgreichen Bekämpfung der Feinde“.⁶¹

In die Zuständigkeit der Abteilung VIII fiel in den fünfziger Jahren die verdeckte Beobachtung westlicher Geheimdienste, Untergrundorganisationen in West-Berlin wie die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU), den Bund Deutscher Jugend oder die Ostbüros der westdeutschen Parteien. Außerdem beobachtete die Abteilung VIII die Privatwohnungen von „flüchtigen Häftlingen, Deserteuren bewaffneter Organe, einschließlich der aus sozialistischen Nachbarstaaten, vorgesehenen Personen für Republikfluchten und Ausschleusungen, Spekulanten und Schwarzhändlern“. Selbst Minister der Blockparteien fielen ins Raster der inneren Gegner und wurden deswegen von der Abteilung VIII überwacht. So etwa Karl Hamann (LDPD) und Georg Dertinger (CDU). Karl Hamann, Minister für Handel und Versorgung, wurde durch die Abteilung VIII angeblich als „Verbindungsmann des amerikanischen Geheimdienstes“ erkannt und im Dezember 1952 verhaftet. Georg Dertinger, Außenminister der DDR, wurde am 15. Januar 1953 festgenommen. Zusammen mit fünf anderen Mitangeklagten verurteilte ihn ein DDR-Gericht wegen „Verschwörung“ und Spionage zu fünfzehn Jahren Zuchthaus. Dertingers Frau und der fünfzehnjährige Sohn wurden ebenfalls inhaftiert, seine Tochter kam in ein Kinderheim, der jüngste Sohn wurde zur Adoption freigegeben. Georg Dertinger saß fast zehn Jahre im Zuchthaus in Bautzen II, bevor er 1964 begnadigt wurde.

Ausbildung und Aufstiegschancen für Frauen

„Um die noch bestehenden Mängel und Schwächen in der operativen Arbeit der Organe für Staatssicherheit zu beseitigen, und um gleichzeitig das fachliche Wissen aller

58 Generalleutnant Erich Mielke (SfS, Staatssekretär): Dienstanweisung zur Aktion „Morgenröte“ vom 20.7.1951, BStU, MfS, BdL/Dok. Nr. 0014.

59 Generalleutnant Erich Mielke (SfS, Staatssekretär): Einsatzstab zur Aktion „Morgenröte“ vom 13.7.1951, BStU, MfS, BdL/Dok. Nr. 0013.

60 Für Besucher aus den Bundesländern legte der Staatssicherheitsdienst folgende Kennwörter fest: Bremen und Hamburg: Kennwort „Waage“; Schleswig-Holstein: Kennwort „Mercur“; Niedersachsen: Kennwort „Jupiter“; Hessen: Kennwort „Venus“; Rheinland-Pfalz und Saarland: Kennwort „Saturn“; Baden-Württemberg: Kennwort „Widder“ und Bayern: Kennwort „Mönch“.

61 Generalleutnant Erich Mielke (SfS, Staatssekretär): Schreiben zur Aktion „Morgenröte“ vom 6.6.1951, BStU, MfS, BdL/Dok. Nr. 0012.

operativen Mitarbeiter des Ministeriums zu stärken und zu festigen, wird am Mittwoch, den 26.11.1952 [...] mit der Durchführung der fachlichen Schulung begonnen“, so stand es in der Dienstanweisung Nr. 20 des MfS-Ministers.⁶² Bereits bei der Gründung des Staatssicherheitsdienstes waren die mangelnden geheimdienstlichen Kenntnisse der Mitarbeiter aufgefallen. MfS-Kaderoffiziere legten angesichts des niedrigen Bildungsstandes des MfS-Personals das Augenmerk besonders auf die Allgemeinbildung. Sie leiteten dies aus Einschätzungen sowjetischer Berater ab, die Mängel und Schwächen in der „operativen“ Arbeit auf Mängel in der Schulung der MfS-Mitarbeiter zurückgeführt und Schulung, Qualifikation und Weiterbildung zur zentralen Aufgabe der „Kaderarbeit“ im MfS erklärt hatten. Mit Gründung des MfS entstand eine eigene Ausbildungsstätte in Potsdam-Eiche, die spätere MfS-Hochschule. Die Anfangsjahre waren geprägt von einer politischen, fachlichen und allgemeinen Grundausbildung für die Mehrheit der MfS-Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Dazu musste zunächst der Lehrermangel behoben und genügend ausgebildetes Personal gefunden werden. Hierzu nutzte das MfS seine Kontakte zu den VP-Schulen des DDR-Innenministeriums (MdI).⁶³ Ausgehend vom traditionellen Grundprinzip der „Einheit von Schulung und Erziehung“ sollten die MfS-Mitarbeiter geheimpolizeiliche Fachkenntnisse erlernen. Ein weiterer Grundsatz der Schulungsarbeit wurde unter der „Einheit von Theorie und Praxis“ gefasst. Die Aus- und Weiterbildung sollte in engem Bezug zur „operativen“ Arbeit stehen. Damit erhielten arbeitsbegleitende Schulungsformen wie Fernstudien, Selbststudium, Speziallehrgänge einen hohen Stellenwert.⁶⁴

Eine Vertreterin der MfS-Frauenkommission forderte, „die politisch-ideologische Erziehungsarbeit“ sei „besonders durch die Entwicklung und Festigung des Klassenbewußtseins der jüngeren Genossinnen zielstrebig“ zu erreichen.⁶⁵ Frauen sollten zügig lernen und zu „gleichberechtigten Kampfgefährten“ entwickelt werden. „Jeder operative Mitarbeiter“ sollten eine fachliche Schulung absolvieren. Die Lehrgänge waren kurz und nicht selten improvisiert. Für Erfolge waren die jeweiligen Abteilungsleiter persönliche verantwortlich, Schulungsbeauftragte kontrollierten den Ablauf und die Einhaltung der Unterrichtspläne. Seit den fünfziger Jahren nahmen alle „operativ tätigen“ Festangestellten an einer „Breitenschulung“ teil. Inhaltlich umfasste das Schulungsprogramm der hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen vier Richtungen: die marxistisch-leninistische Politschulung, eine Fachausbildung für die geheimdienstliche Arbeit, die Allgemeinbildung und die militärische Ausbildung.⁶⁶

Im Jahre 1954 errichtete das MfS eine Fachschule der Abteilung VIII als Ausbildungsstätte für Observationsspezialisten.⁶⁷ Sie sollte sich in den folgenden zwanzig Jahren zu einer „zentralen Bildungseinrichtung der Linie VIII“ mit internationalen Standards und praxisnahe Unterricht entwickeln. Zu den Aufgaben der Schule zählte die „operative Spezialausbildung“ und vorrangig das „operativ-taktische Verhalten und Handeln der Beobachtungskräfte“ zu verbessern. Häufige Lehrgangsgäste waren hochrangige MfS-Mitarbeiter und Mitbegründer der HV A sowie Veteranen wie Ruth Werner,

62 Staatssekretär Erich Mielke: Dienstanweisung Nr. 20 vom 20.11.1952, BStU, MfS-BdL/Dok. 2026.

63 Ernst Wollweber (MfS, Staatssekretär): Dienstanweisung Nr. 43/53, Richtlinien für die Kader- und Schulungsarbeit vom 6.11.1953, BStU, MfS-BdL/Dok. 3021.

64 Zitiert nach Jens Gieseke: Anatomie der Staatssicherheit. Die hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS, MfS-Handbuch, Schriftenreihe des BStU, Berlin 1995, S. 30.

65 Nachzulesen bei Gerhard Heidenreich (1. Sekretär der SED-Kreisleitung im MfS): Rechenschaftsbericht zur Kreisdelegiertenkonferenz am 13.6.1964, BStU, MfS SED-KL 4209, Bl. 1–81.

66 Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90, Berlin 2000, S. 187–197.

67 OSL Werner Hünich (HA VIII/Schule, Leiter): Rede zur Einweihung des neuen Schulgebäudes von 1983, BStU, MfS HA VIII 2228, Bl. 199–225.

die als Zeitzeugen den jungen Kursteilnehmern ihre Erfahrungen als „Kundschafterin“ im praktischen Einsatz vermittelten. Ein Major, der die Ausbildung leitete, war von den Frauen des Staatssicherheitsdienstes besonders begeistert. Er lobte ihre Disziplin, ihre Lernbereitschaft und ihre Fähigkeit, sich mit den Aufgaben des Apparates zu identifizieren. Nur bei der strategischen Planung größerer Operationen haperte es, hingegen hätten sie mit Detailplanungen keine Probleme. Das war nach Ansicht des Ausbilders darauf zurückzuführen, dass viele nicht oder unzureichend in militärischen Dimensionen denken könnten. Daher wurde geübt, wie und nach welchen Grundsätzen „feindliche“ Personen auf dem Territorium der DDR unbemerkt beobachtet werden sollen: weibliche Beobachter übten zu Fuß und in öffentlichen Verkehrsmitteln, den „richtigen Abstand zum Objekt“ zu halten, Kameras und Fotoapparate wurden getestet, „operative Beobachter“ sollten zudem stets „das für eine Situation Typische erkennen, um ihr Verhalten als normal, natürlich und damit glaubhaft erscheinen zu lassen“.⁶⁸

Oberstleutnant Gutsche übernahm für die Ausbildung in seiner Abteilung persönliche Verantwortung. Seit 1954 erhielten Mitarbeiter der Abteilung VIII in der Stasi-Schule in Potsdam-Eiche und in der „Schule Eberswalde“ eine Spezialausbildung als Beobachter. Im Jahre 1955 absolvierten bereits 260 MfS-Mitarbeiter diese Grundausbildung.⁶⁹ Das Schulungsmaterial über „Beobachtungsmethoden in Theatern, Kinos, Hotels, Restaurants und öffentlichen Institutionen“, an dem Oberstleutnant Gutsche mitgearbeitet hatte, war für alle neu. Gutsche brachte als sowjetischer Kundschafter viel Erfahrung mit und konnte über seinen Kampf gegen die Feinde und über die Grundregeln der konspirativen Arbeit während der Zeit des Krieges berichten.⁷⁰ Für Gutsche lag der Schlüssel für eine „erfolgreiche“ Arbeit in der „Erziehung unserer Mitarbeiter“.⁷¹ Durch Erziehung und Qualifizierung könnten auch die Frauen im militärischen Dienst zum Einsatz kommen und Seite an Seite mit den Männern kämpfen. Dazu sei es „erforderlich, daß wir zu den Frauen ein richtiges Verhältnis haben, da sie auch im Häuserkampf eine nicht unbedeutende Rolle spielen.“⁷²



Josef und Rudolf Gutsche 1940.

Quelle: BStU

Auf einer SED-Kreisleitungssitzung im Dezember 1959 lobte ein MfS-Offizier eine Mitarbeiterin für ihr Engagement und ihren Einsatz. Sie habe in ihrer Freizeit immer

68 OSL Werner Hünich (HA VIII/Schule, Leiter): Studienmaterial für den Fachbereich Spezialdisziplin zum Thema „Die Erarbeitung und Anwendung operativer Legenden im Prozeß der operativen Beobachtung“ vom 22.5.1978, BStU, MfS HA VIII 593, 37 Blatt.

69 Vermerk über eine Dienstbesprechung mit der HA Kader und Schulung vom 14.2.1955, BStU, MfS SdM 1920, Bl. 1-6.

70 Generalmajor Rudolf Gutsche, Schule der Abteilung VIII: Lektion B/IX „Beobachtungsmethoden in Theatern, Kinos, Hotels, Restaurants und öffentlichen Institutionen“ vom Dezember 1956, BStU, MfS HA VIII 8732, Bl. 57-79; und Lektion B/III „Die Hilfsmittel der Beobachtung“ vom Dezember 1956, BStU MfS HA VIII 8731, Bl. 124-149.

71 Generalmajor Rudolf Gutsche auf der Kollegiumssitzung am 11.12.1956. Nachzulesen im Protokoll der Kollegiumssitzung, BStU, MfS SdM 1551, Bl. 122-133.

72 Nachzulesen im Protokoll über die Dienstbesprechung im MfS am 17.12.1956, BStU, MfS ZAIG 4847, Bl. 1-7.

wieder Analysen gefertigt und Berichte geschrieben. „Das hat sie auch geschafft“, so Major Schmidt, „vor allem sonntags, obwohl sie körperlich sehr schwächlich ist. Ich will damit sagen, daß das Bewußtsein unserer Genossen gewachsen ist.“⁷³ Mitunter lernten die Frauen schneller als ihre männlichen Kollegen, wie das Beispiel von Anna Peupelmann und Edeltraud Sarge zeigt.

Die Spezialistinnen: Anna Peupelmann (Jg. 1908) und Edeltraud Sarge (1931–2017)

Edeltraud Sarge⁷⁴ war bei Gründung des MfS achtzehn Jahre alt, Anna Peupelmann⁷⁵ war 42 Jahre und brachte im Unterschied zu Edeltraud Sarge reichlich mehr Erfahrung für den Aufbau einer Geheimpolizei mit. Beide Frauen begannen ihre Karrieren nach Kriegsende in den Landesverwaltungen der SBZ/DDR und gehörten in den Anfangsjahren zu den wenigen einflussreichen Frauen im MfS-Apparat.

Edeltraud Sarge begann ihre Karriere in der Landesverwaltung Thüringen, hier leitete sie in der Observationsabteilung zuletzt die „Arbeitsgruppe für Sonderaufgaben“ und organisierte die internen Schulungen für die hauptamtlichen Mitarbeiter. „Seit Mitte Januar 1951 arbeitete ich als Angestellte bei der Regierung der DDR. [...] In den Jahren 1951 und 1952 war ich Mitglied der Parteileitung der Betriebsgruppe.“⁷⁶ Damit umschrieb sie in ihrem



Edeltraud Sarge. Quelle: BStU

Lebenslauf die Tatsache, dass sie seit Februar 1951 als operative Mitarbeiterin im Ministerium für Staatssicherheit tätig wurde. Kurz nach Einstellung ins MfS absolvierte sie die Grundausbildung als Beobachterin, später kamen Speziallehrgänge für „konspirative Fototechnik“ und verschlüsselte Nachrichtenübermittlungen sowie Unterweisungen in das sowjetische NEWA-Funkgerät hinzu. Im Oktober 1952 kam sie zur Abteilung VIII (Beobachtung/Ermittlung) in die MfS-Bezirksverwaltung Dresden. Ihre Eltern und die Schwester arbeiteten bereits bei der Thüringischen Landesregierung, der Bruder unterrichtete an der SED-Parteihochschule Marxismus-Leninismus, ein Onkel arbeitete bei der Deutschen Volkspolizei – alle waren Mitglieder der SED. In einer Verpflichtungserklärung versicherte sie: „Ich gelobe, mich diszipliniert zu betragen, alle mir gestellten Aufgaben zu erfüllen, über meine Dienstaufgaben, über meine Dienststelle und über meine Tätigkeit zu schweigen [...]. Ich bin mir dessen bewußt, daß meine Aufnahme in das Staatssekretariat für Staatssicherheit eine besondere Ehre ist. Ich konnte für diese Tätigkeit nur vorgeschlagen werden, weil ich bisher das Vertrauen meiner Partei besitze.“⁷⁷

Auch Anna Peupelmann besaß das uneingeschränkte Vertrauen seitens der Abteilungsleitung. Sie erfülle, so Inspekteur Gutsche, „ihre Aufgaben in vorbildlicher Weise. Sie

73 Major Polenz (SED-Kreisleitung im MfS, 2. Sekretär): Protokoll der Sitzung der SED-Kreisleitung vom 2.12.1959, BStU, MfS SED-KL 364, Bl. 121–163.

74 Kaderakte von Edeltraud Sarge unter: BStU, MfS KS 22545/90.

75 Kaderakte von Anna Peupelmann unter: BStU, MfS KS 154/64.

76 Lebenslauf Edeltraud Sarge vom 29.1.1953, BStU, MfS KS 22545/90, Bl. 134–138.

77 Eidesstattliche Verpflichtung vom 7.5.1954, BStU, MfS KS 22545/90, Bl. 142–143.

verfügt über ein gutes politisches Grundwissen, besitzt eine schnelle Auffassungsgabe [...] und zeichnet sich aus durch emsigen Fleiß, umsichtige zuverlässige Arbeitsweise und kameradschaftliches Verhalten“.⁷⁸ Sie hatte in der 1930er Jahren im Exil gelernt, was man für eine Arbeit beim Staatssicherheitsdienst letztlich braucht.



Anna Peupelmann Quelle: BStU

Anna Peupelmann stammt aus Brandis, in der Nähe von Leipzig, absolvierte dort eine Druckerlehre und engagierte sich seit ihrer Kindheit im KJVD. 1928 erhielt sie von der KPD den Auftrag, eine Kindergruppe beim KJVD aufzubauen und arbeitete sodann als Pionierleiterin. Auf KPD-Vorschlag reiste sie 1931 mit einer Jugenddelegation in die Sowjetunion. Diese „Rußlandreise“ weckte bei ihr offensichtlich die Sehnsucht zu diesem Land. Auch ein Bericht ihres Bruders hatte bei ihr viele Jahre zuvor ein Fernweh entfacht. In einem Lebenslauf schrieb sie über die Rückkehr des Bruders aus dem Krieg: „Am Oster-Sonnabend 1919 kehrte er unerwartet heim. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich dies in unserer Straße, nach und nach fanden sich 10 – 15 Personen bei uns im Hinterhof ein. Bis spät in die Nacht erzählte mein Bruder von Odessa, im Hofe bei Kerzenlicht ließ er aus bolschewistischen Zeitungen und Flugblättern vor. Zum ersten

Male hörte ich von Leuten, die man Bolschewiki nannte, von irgend einer Revolution“.⁷⁹ 1932 verließ sie Deutschland. Zu den Stationen ihrer Reise zählten Minsk in Weißrußland, Moskau, Tomsk und Kolpaschewo in Sibirien. 1934 heiratete sie in Moskau den bulgarischen Kommunisten Metaksa Guginsky, erhielt 1936 die sowjetische Staatsbürgerschaft, arbeitete kurze Zeit am Institut für Fremdsprachen sowie in der Deutschen Zentralzeitung als Korrektor und absolvierte 1939 eine Lehre als Setzerin in einer Druckerei in Moskau. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht meldete sich ihr Mann bei der Roten Armee. Er fiel zwei Jahre später an der Front. Sie wurde im Juli 1941 mit ihrer kleinen Tochter nach Tomsk in Sibirien „evakuiert“ und mit anderen kommunistischen deutschen Frauen und Kindern in Sicherheit gebracht. Nach dem „Zusammenbruch des Hitlerregimes“ bat sie, nach Deutschland zurückzukehren. Im Juli 1946 traf sie mit ihrer Tochter in Brandis ein und half beim Aufbau der Sächsischen Landesverwaltung in der SBZ. Sie beherrschte perfekt die russische Sprache und unterstützte als Übersetzerin die Arbeit im Volkspolizeiamt Grimma. 1950 wechselte VP-Kommissarin Peupelmann in die Abteilung VIII von Inspektor Rudolf Gutsche. Obwohl sie für eine Beobachterabteilung keine „fachlichen Vorkenntnisse“ besitze, so Gutsche, habe sie sich sehr schnell in ihren Aufgabenbereich eingearbeitet. Leutnant Peupelmann „ist zuverlässig, fleißig und hilfsbereit“ und erfülle „die Anforderungen der Abteilungsleitung [...] zur vollen Zufriedenheit“. 1951 übertrug Gutsche ihr die „Sekretariatsleitung“, d.h. sie übernahm die Verantwortung für alle „Arbeiten,

78 Inspekteur Rudolf Gutsche (Leiter der Abteilung VIII): Vorschlag zur Prämierung vom 11.9.1952, BStU, MfS KS 154/64, Bl. 21.

79 Lebenslauf Anna Peupelmann vom 7.10.1949, BStU MfS KS 154/64, Bl. 50-54.

die den Geschäftsablauf der Abteilung VIII⁸⁰ betrafen und kümmerte sich um die Karteien und das Archiv der Abteilung VIII, das sich unter ihrer Leitung „in einem vorbildlichen Zustand befand“.⁸¹

Die jüngere Edeltraud Sarge, die noch unter dem Namen Edeltraud Bauer lebte, heiratete in dieser Zeit den bei der Thüringischen Landesregierung angestellten Günter Sarge. Günter Sarge, geboren 1930 in Ostpreußen, war später Militäroberrichter und seit den achtziger Jahren Präsident des Obersten Gerichts der DDR. Als er in den fünfziger Jahren bei der Staatsanwaltschaft zu arbeiten begann, beantragte seine Frau einen Dienstortwechsel. Mitte 1954 wurde Edeltraud Sarge zur Abteilung VIII nach Ost-Berlin versetzt. Inspektor Gutsche zählte sie bald zu den „standhaften und treuen“ MfS-Mitarbeitern seiner Dienststelle. Wenige Monate nach ihrem Arbeitsbeginn bescheinigte ihr auch der stellvertretende Referatsleiter, dass sie „sich hier schnell“ eingearbeitet habe. Aufgrund ihrer Erfahrungen in der Anleitung der inoffiziellen Mitarbeiter übertrug ihr der Vorgesetzte „die personelle Verantwortung für die Bearbeitung eines Bezirkes“ und lobte: „Man kann feststellen, daß die Genossin Sarge qualifizierte Arbeit in der Ermittlung sowie in der Werbung und in der Arbeit der Agenturen leistet.“⁸² Ein Jahr später wurde sie für die Schulung der ihr unterstellten inoffiziellen Mitarbeitern nochmals belobigt. „Die GI werden gut angeleitet. Auch in der Werbung sind Erfolge zu verzeichnen.“⁸³

Im Januar 1957 wurde Edeltraud Sarge zur stellvertretenden Referatsleiterin befördert, seit 1959 leitete sie das Referat für Ermittlungen kommissarisch und ein Jahr später eigenständig. Sie verstehe es „durch gute Arbeitsorganisation“ das Kollektiv zu festigen, hieß es in einer Begründung. „Charakterlich ist sie ausgeglichen, selbstsicher, kameradschaftlich und hilfsbereit. Genn. S. besitzt das Vertrauen ihrer Genossen“.⁸⁴ Edeltraud Sarges Aufstieg setzte nach den MfS-„Funktionsmerkmalen“ weitere Qualifizierungen und Abschlüsse voraus. MfS-Kaderoffiziere delegierten sie zum Fernstudium der Kriminalistik an die Humboldt-Universität Berlin. Sie erledigte alle Hausarbeiten zügig und pünktlich. 1966 beendete sie ihr Studium und legte zusammen mit Hauptmann Seufert eine Diplomarbeit zu der Frage vor, wie gesammelte Informationen zu DDR-Bürgern, deren Antrag auf Ausreise in die Bundesrepublik abgelehnt wurde, noch besser für die Überwachung durch das MfS genutzt werden könnten.⁸⁵ Ihr „erfolgreicher“ Studienabschluss als Kriminalistin führte dazu, dass sie in die Position einer stellvertretenden Abteilungsleiterin aufstieg. Als Diplomkriminalistin übernahm sie in der Kaderabteilung die Verantwortung für alle Personalangelegenheiten ihrer MfS-Dienststelle. Dort „trug sie wesentlich dazu bei, daß die gesamte Kaderarbeit innerhalb der Hauptabteilung⁸⁶ auf ein höheres Niveau gehoben werden konnte“.⁸⁷

80 Vorschlag auf Erhöhung der Dienststellung der Genossin Leutnant Anna Peupelmann vom 18.1.1955, BStU MfS KS 154/64, Bl. 24.

81 Das MfS zeichnete Anna Peupelmann mit der Verdienstmedaille der NVA in Bronze, der Verdienstmedaille der DDR und dem Vaterländischen Verdienstorden in Bronze aus. 1963 ging sie aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in Rente.

82 Beurteilung vom 28.10.1954, BStU, MfS KS 22545/90, Bl. 48.

83 Dienststellen-Attestierungsblatt vom 6.5.1955, BStU, MfS KS 22545/90, Bl. 50–53.

84 Aktenvermerk vom 19.8.1960, BStU, MfS KS 22545/90, Bl. 65–67.

85 Vgl. Diplomarbeit vom Januar 1966 zum Thema „Die Notwendigkeit der Erfassung und Bearbeitung aller abgelehnten Anträge auf legale Verzüge und die Möglichkeit der operativen Ausnutzung“, vorgelegt von Hauptmann Seufert und Oberleutnant Edeltraud Sarge, BStU, MfS JHS MF 539, 118 Blatt.

86 Im Mai 1958 wurde die Abteilung VIII unter dem neuen Leiter Major Albert Schubert umstrukturiert und in die Hauptabteilung VIII (HA VIII des MfS) umbenannt.

87 Vorschlag zur Beförderung zum Major vom 21.10.1970, BStU, MfS KS 22545/90, Bl. 82.

Ihre Diplomarbeit an der Humboldt-Universität Berlin stufte das MfS inzwischen als „Schulungsmaterial“ ein.

*Erster „Sekretär“ der Berliner SED-Kreisleitung im MfS
Oberstleutnant Isolde Sobeck (1922–1993)*

Isolde Sobeck arbeitete in der Thüringischen Landesregierung beim Aufbau der Polizeidienststelle in der Stadtverwaltung Altenburg mit.⁸⁸ Sie kannte ihren Heimatkreis sehr genau und die meisten Altenburger waren ihr gut bekannt. Geboren und aufgewachsen in Altenburg verbrachte sie auch die Kriegsjahre fast ausschließlich dort. Nach Abschluss einer Handelsschule bekam sie 1939 in der Verbrauchergenossenschaft Altenburg eine Stelle in der Buchhaltung und wurde 1940 zum Arbeitsamt „dienstverpflichtet“. 1943 wurde die damals achtzehnjährige Isolde Sobeck zum Reichsarbeitsdienst eingezogen und später zur „Verinigten Altenburger und Stralsunder Spielkarten AG“ versetzt, wo sie „selbständig“ die Abteilung Verkauf leitete.⁸⁹



Isolde Sobeck.

Quelle: BStU

Nach dem Ende des Krieges stand sie für den „Aufbau“ in Thüringen bereit. Die Stadtverwaltung Altenburg schickte sie zur Landesparteihschule, im September 1945 übernahm sie die Leitung der Polizeiabteilung. Daneben besuchte sie weitere Frauen-Lehrgänge und Parteihschulen und wurde 1946 Assistentin des SED-Landesvorsitzenden Thüringen, Werner Eggerath. Fragt man sich, wie sie es so schnell in eine männerdominierte Dienststelle geschafft hatte, dann fallen folgende Eigenschaften auf: Sie war ledig, hartnäckig und selbstbewusst. Der SED-Landesvorstand übertrug ihr 1946 die Funktion einer SED-Frauensekretärin im Kreis Suhl und versprach eine Perspektive in der „Propagandaarbeit“ des Landes Thüringen und in der „pädagogischen Tätigkeit“. Zu diesem Zeitpunkt war das Ministerium für Staatssicherheit auf sie aufmerksam geworden und beabsichtigte Isolde Sobeck für eine hauptamtliche Arbeit zu verpflichten. Sicherheitsüberprüfungen hatten ergeben, dass sie sich in ihrem Wohnort „in politischer, moralischer und gesellschaftlicher Beziehung gut geführt“ habe und „nichts nachteiliges bekannt“ sei. Sie habe „immer der Partei die Treue gehalten“, hieß es weiter. Die Polizistin überlegte offenbar nicht lange. Im Januar 1951 trat sie eine Stelle in der MfS-Kreisdienststelle Altenburg in der „Polit-Abteilung“ an, Dienstgrad VP-Oberrat. Höchst erfolgreich arbeitete sie seit 1952 auch für das MfS in Berlin als „1. Sekretär der SED-Kreisleitung“. Laut MfS-Befehl Nr. 97/53 vom 4.3.1953 wurde sie bald zum Oberstleutnant befördert. Die 30-jährige Isolde Sobeck gehörte in dieser Zeit zu den ganz wenigen Frauen mit einem dem Dienstgrad Oberstleutnant entsprechenden Ge-

88 Kaderakte Isolde Sobeck unter: BStU, BV Gera KS 104/61. Vgl. auch den Eintrag zu Isolde Sobeck im MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR, Berlin 2011, S. 273–274.

89 Ermittlungsbericht zu Isolde Krause vom 30.11.1950, BStU, BV Gera KS 104/61.

halt und der damit verbundenen Anerkennung. Zudem gab es in den frühen Jahren der DDR-Geschichte wenige weibliche „Erste Sekretäre“ einer SED-Bezirks- oder Kreisleitung. Oberstleutnant Sobeck habe die „Aufgaben gewissenhaft erfüllt“ und besitze außerdem „die Fähigkeit, auf die Mitarbeiter erzieherisch stark einzuwirken“, hieß es in einer Beurteilung vom 29. November 1952. Doch im Januar 1954 schied sie aus dem MfS aus, angeblich „auf eigenen Wunsch“. Mehr lässt sich ihrer Kaderakte nicht entnehmen. Sie kehrte nach Thüringen zurück und wurde Vorsitzende der SED-Parteikontrollkommission in Gera.

Die „sozialistische Frauenpersönlichkeit“ in der SBZ/DDR

Orientiert man sich an den offiziellen Dokumenten, Parteitagsreden der SED und ZK-Beschlüssen der fünfziger Jahre wird deutlich, dass Frauen in den Aufbau des Sozialismus „einbezogen“ werden und sich „beteiligen“ sollten. An der SED-Spitze gelang das mitunter. Es genüge nicht mehr, „über die Gleichberechtigung der Frauen allgemein zu reden, es gilt, diese im Leben zu verwirklichen“, hieß es in Grußadressen des ZK der SED zum 8. März 1952. Es sei Pflicht aller „demokratischen Kräfte“, Frauen dabei zu unterstützen, damit sie „energischer und kühner an dem gesellschaftlichen Leben teilnehmen, daß sie ihr eigenes Wissen erweitern, damit sie imstande sind, ihre Kinder gut zu erziehen und bei unserem großen Aufbauwerk mitzuarbeiten“.⁹⁰ Unter der Losung „So wie wir heute arbeiten, wird morgen unser Leben sein“ verpflichtete sich Frida Hockauf Ende September 1953 zu realistischer Planerfüllung, die anderen ein Vorbild sein sollte. Zwar fiel Hockaufs Selbstverpflichtung im Vergleich zu den „heroischen Taten“ aus der Anfangszeit der Aktivistenbewegung viel bescheidener aus. Doch die von der SED in Gang gesetzte „Hockauf-Bewegung“ nach dem Aufstand vom Juni 1953 bezeugte die verstärkten Anstrengungen der SED zur Steigerung der Konsumgüterproduktion und die Bedeutung der Frauenarbeit für die DDR-Wirtschaft. Auf der SED-Frauenkonferenz im Oktober 1953 in Ost-Berlin knüpfte Herta Bergmann in ihrer Rede „Die Frauen fördern heißt die Kampfkraft der Arbeiterklasse stärken“ an die Ideen Zetkins an und machte vor etwa 1 100 Vertreterinnen aus Frauenausschüssen und Funktionären deutlich, dass es in der DDR keinen Klassenkampf gegen eine Männerklasse, aber einen unerbittlichen Kampf gegen die Herrschaft der Ausbeuterklasse geben müsse. Die anwesenden Frauen rief sie auf, „durch ihre Mitarbeit zur weiteren politischen und ökonomischen Stärkung der Arbeiter- und Bauern-Macht“ beizutragen.⁹¹

Nach Eva-Maria Nickel gab es im SED-Staat der fünfziger Jahre durchaus Möglichkeiten für weibliche „Persönlichkeitsentwicklungen“ und Ansätze für die soziale Gleichheit zwischen den Geschlechtern. Was anderswo in „zähen Kämpfen den Männern abgerungen“ werden musste, schien in der SBZ Staatspolitik zu sein. Doch „der paternalistisch-patriarchale Zug dieser DDR-Gleichberechtigungspolitik war nicht auf den ersten Blick erkennbar“ und blieb nach Nickel von der SED-Propaganda verdeckt. Vater Staat definierte, „was das höchste Glück der Frau zu sein hatte: der Drahtseilakt von Mutterschaft und planwirtschaftlichem beruflichen Leistungsdruck, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als rein weiblicher Tugend“.⁹² Das galt auch für den Staatssicherheitsdienst.

90 Nachzulesen in: Chronik zur Rolle der Frau in der Geschichte der DDR 1945–1981, herausgegeben im Auftrag der Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“ an der Pädagogischen Hochschule „Clara Zetkin“, Leipzig 1987, S. 79.

91 Ebd. S. 95.

92 Eva Maria Nickel: „Mitgestalterinnen des Sozialismus“, in: Gisela Helwig und Eva Maria Nickel: Frauen in Deutschland 1945-1992, Bonn 1992, S. 234.